Vandenhoeck & Ruprecht

Heft 3 | 2018 | ISSN 2191-995X

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

Sozial-demokratie

Klaus Detterbeck Die Labour Party unter Jeremy Corbyn

Kristina Meyer Die Sozialdemokratie in Anbetracht des Rechtspopulismus

Thomas Nowotny Die notwendige Sozialdemokratie

Thomas Greven Linke Perspektiven in den USA

Christoph Butterwegge Aufstehen

DETAILLIERTE, DIFFERENZIERTE UND ERSTMALIGE DARSTELLUNG DER DDR-KULTURGESCHICHTE

Gerd Dietrich
Kulturgeschichte der DDR
2018. 2.494 Seiten, mit 11 Abb., gebunden in drei Bänden
€ 120,00 D
ISBN 978-3-525-30192-0

eBook 99,99 D
ISBN 978-3-647-30192-1

Die Kulturgeschichte der DDR wurde von Gegensätzen geprägt. Vor dem Hintergrund ihrer antifaschistischen bzw. sozialistischen Ideologie entstand im Spannungsfeld traditioneller Konzepte und revolutionärer Aktivismen ein weites kulturelles Feld, das unter östlichem wie westlichem Einfluss stand. In dem dreibändigen Werk, das den Kulturgeschichten der Bundesrepublik ein Pendant für die DDR zur Seite stellt, analysiert der Autor die charakteristischen Entwicklungen der Alltags- und Populär-, der politischen sowie hohen Kultur. Er erörtert die kulturelle Substanz der ostdeutschen Gesellschaft und zeichnet ein Bild des widerständigen Potentials ihrer Kultur zwischen Tradition, Innovation und Repression.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage
www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

V&R böhlau

EDITORIAL

Ξ Jens Gmeiner / Matthias Micus

Für einen Parteienforscher, so lautete schon vor Jahren ein Bonmot am Institut für Demokratieforschung, ist die Beschäftigung mit der Sozialdemokratie eine Jobgarantie. Denn in Krisenzeiten sucht die Öffentlichkeit nach Erklärungen, erschallt der Ruf nach wissenschaftlicher Expertise – und Krise ist bei der Sozialdemokratie immer.

Insofern geht dem Analytiker des Sozialdemokratischen die Arbeit nie aus. Einerseits. Andererseits wiederholt sich vieles, weisen die Krisen von gestern und heute zahlreiche Ähnlichkeiten mit jenen von vor- und vorvorgestern auf. Ständig originelle, bisher unbekannte Deutungen zu ersinnen, fällt angesichts dessen nicht leicht. Das gelangweilte Schulterzucken ist die Kehrseite der Omnipräsenz. Und auch die Ankündigung des Schwerpunktes der vorliegenden Ausgabe der INDES mag bei manchem für Augenrollen und Verwunderung gesorgt haben – zu vorhersagbar das Geschriebene, zu oft gelesen, zu oft schon formuliert und diskutiert.

Doch soll in diesem Heft eben nicht die in der Tat schon ermüdend oft beschworene Krise der Sozialdemokratie im Mittelpunkt stehen. Im Gegenteil wollen wir auf ihre Perspektiven und Möglichkeiten, ihre gesellschaftlichen Ressourcen und Interpretationsangebote, ja ihre Notwendigkeit verweisen – sowohl mit Blick auf die Vergangenheit als auch die Zukunft.

Die Sozialdemokratie jedenfalls, so pathetisch das klingen mag, ist mehr als eine Partei – sie ist eine Vorstellung, Ideologie, Gesellschaftsform, politische Richtung, ist Wunsch und Anspruch zugleich. In ihr manifestiert sich die Hoffnung auf eine sozial gerechtere Gesellschaft und der Wille, sie herbeizuführen. Den Zielen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit haben Generationen an Aktivisten ihre gesamte Kraft und Zeit geopfert; das richtige Leben im falschen führen zu können, bauten sie ein dichtes gegenkulturelles Vereinsnetz auf. Auch Verfolgung und Zuchthaus, selbst Todesdrohungen konnten die überzeugungsstarken Anhängerkerne nicht von ihrem Glauben abbringen – ja in diesen Phasen zeigte die Bewegung ihr heroisches Gesicht. Mithin: Wie kaum eine andere politische Richtung brachte die Sozialdemokratie Idealismus hervor. Ihr historisches Wirken überragt – und ist Pfund und Last zugleich.

Denn ihre einst fundamentalistischen Antriebskräfte haben sich im Zeitverlauf reformistisch erschöpft. Von der geschichtsteleologischen Ankunfts-

gewissheit der kommunistischen Idealgesellschaft ist das tastende Suchen nach der »guten Gesellschaft« geblieben. Wenn überhaupt, denn die Erfolge sozialdemokratischer Politik haben einen Teil der Sozialdemokraten, und ihren aktiven zumal, mit den bestehenden Verhältnissen versöhnt. Sie haben sie entfremdet von jenen, die den Aufstieg nicht schafften, und an die

Stelle grundstürzender Diesseitsutopien eine beflissene Gegenwartszufriedenheit gesetzt.

Unter einem anderen Blickwinkel hat der bedeutende liberale Soziologe Ralf Dahrendorf schon zu Anfang der 1980er Jahre ganz ähnlich die Normalisierung des Sozialdemokratischen mit seinem kommenden Ende assoziiert. Indem ihre Forderungen auch von den politischen Konkurrenten übernommen worden seien, habe die Sozialdemokratie, so Dahrendorf, ihren Daseinszweck erfüllt. Ihrer Ideale enteignet, ihrer Mission beraubt, ihrer Anhänger entfremdet, erscheint die Sozialdemokratie heute verstaubt, ja überflüssig.

Indes mehren sich seit längerem schon die Anzeichen, dass durchaus Bedarf nach sozialdemokratischer Politik besteht, dass sich ihre Kernanliegen nicht erledigt haben, sondern in der Bevölkerung auf breite, in Umfragen von Mehrheiten geäußerte Zustimmung stoßen – dass aber die Sozialdemokratie selbst mit ihrer Politik im 21. Jahrhundert diese majoritären gesellschaftlichen Erwartungen enttäuscht hat. Dieser Deutung zufolge hat nicht die Verallgemeinerung ihrer Prinzipien die spezifisch sozialdemokratischen Parteien überflüssig gemacht, sondern die fahrlässige Abkehr von den eigenen Idealen eine moralische Leerstelle und politische Repräsentationslücke entstehen lassen – und den gesellschaftlichen Wurzelgrund der Sozialdemokratie ausgetrocknet.

Man sieht schon: Ganz ohne Krise wird auch dieses Heft zur Sozialdemokratie nicht auskommen. Aber im Mittelpunkt stehen doch andere Fragen: Wie muss sich die Sozialdemokratie heute und perspektivisch positionieren? Welchen Bedarf gibt es im 21. Jahrhundert an sozialdemokratischen Inhalten? Was kann die Sozialdemokratie aus ihrer eigenen Geschichte lernen und in die eigene Zukunft mitnehmen? Und nicht zuletzt: Wie sehen die bündnispolitische Perspektiven der Sozialdemokratie jenseits der Großen Koalition aus? Ist die linke Sammlungsbewegung ein Ort sozialdemokratischer Revitalisierung?

Diesen und weiteren Fragen will die vorliegende *Indes* nachgehen. Wie stets, mit einem breiten Spektrum an Texten und Deutungen. Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

INHALT

1 **Editorial**
Ξ Jens Gmeiner / Matthias Micus

>> INTERVIEW

7 **»Menschen dürfen nicht Objekte von Entscheidungen sein«**
Ein Gespräch mit Bernd Faulenbach über Traditionen, Krisen und Perspektiven der Sozialdemokratie

>> ANALYSE

20 **Wehret den Anfängen**
Von der notwendigen Selbstreflexion der Sozialdemokratie in Anbetracht des Rechtspopulismus
Ξ Kristina Meyer

29 **Die notwendige Sozialdemokratie**
Warum Ralf Dahrendorf irrte und was es heute braucht
Ξ Thomas Nowotny

45 **Was die SPD braucht**
Wie linker Realismus und Idealismus zusammengehen
Ξ Nils Heisterhagen

49 **»Erfolgreich« regierende Sozialdemokraten**
Politische Aufstiegswege, Richtungs- und Kompetenzprofile
Ξ Detlef Lehnert

59 **Licht am Ende des Tunnels?**
Reformpotentiale der SPD durch die jüngste Beitrittswelle
Ξ Martin Grund / Pauline Höhlich / Hannes Keune

70 **Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**
Eine historische Herleitung
Ξ Nikolaus Kowall

INDES, 2018–3, S. 4–5, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2018, ISSN 2191–995X

79 **Auf zu neuen Ufern?**
Die Labour Party unter Jeremy Corbyn
Ξ Klaus Detterbeck

89 **Linke Perspektiven in den USA**
Die Suche nach einem neuen sozialdemokratischen Projekt
Ξ Thomas Greven

98 **Auf eine Nebenrolle reduziert**
Die Parti socialiste in Frankreich
Ξ Teresa Nentwig

108 **Die soziale Bewegung als Zielbild**
Parteireformen und Gesellschaftswandel im Gleichschritt?
Ξ Felix Butzlaff

SAMMLUNGSBEWEGUNG

>> ANALYSE 118 **Warum Aufstehen?**
Zur Zukunft linker Politik
Ξ Bernd Stegemann

124 **Teil der Lösung oder Teil des Problems?**
Die Hürden der linken Sammlungsbewegung
Ξ Robert Pausch

130 **»Aufstehen«**
Gegen die gesellschaftliche Spaltung und den Rechtsruck
Ξ Christoph Butterwegge

135 **Linke Sammlungsbewegung?**
Im Prinzip: Ja! – Aber so?!
Ξ Horst Heimann

146 **Relaunch**
Warum die gesellschaftliche Linke einen Neuanfang braucht
Ξ Benjamin-Immanuel Hoff

SCHWERPUNKT:
SOZIALDEMOKRATIE

»MENSCHEN DÜRFEN NICHT OBJEKTE VON ENTSCHEIDUNGEN SEIN«

Ξ Ein Gespräch mit Bernd Faulenbach über Traditionen, Krisen und Perspektiven der Sozialdemokratie

Die goldene Zeit der Volksparteien scheint generell vorbei zu sein. Wieso aber geht es der Sozialdemokratie in Deutschland so viel schlechter als der Christdemokratie?

Wenn man die CDU als Kontrast heranzieht, muss man berücksichtigen, dass sie die Kanzlerin gestellt hat, die zwar auch Probleme im eigenen Lager hatte, aber im Hinblick auf die Medien erhebliche Vorteile genoss. Die Sozialdemokratie in Europa, mit ihren spezifischen Ausformungen in den einzelnen Ländern, ist in eine recht umfassende Krise geraten. Ein Grund dafür ist das Dilemma, aus dem heraus alle sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien handeln. Sie sind in aller Regel reformistisch und gehen schrittweise vor. Dabei glauben sie meist nicht, ihren großen Zielen hinreichend nähergekommen zu sein, sind also mit ihrer Arbeit immer wieder unzufrieden. Zudem fällt es ihnen schwer, das, was sie erreicht haben – und das ist in der Regel eine ganze Menge – auch klar zu benennen. Das liegt nicht zuletzt an dem Anspruch, Emanzipation vorantreiben, etwas Größeres erreichen zu wollen. Natürlich bleibt man hinter diesen Zielen stets zurück.

Ein weiteres Problem der Sozialdemokratie, in Deutschland wie Europa, besteht meines Erachtens darin, dass sie sich ihrer Mission unsicher geworden ist, die sie lange glaubte, zu haben. Dieses Denken in größeren Zusammenhängen und Zielen ist meines Erachtens in die Krise gekommen. Das hängt auch mit dem Verlust eines sozialdemokratischen Bewusstseins zusammen, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zusammen dachte. Wo die Leute kein Gestern sehen, sehen sie auch kein Morgen mehr, sondern nur noch das Heute und das kurzfristige Handeln. Sozialdemokratisches Handeln ist aber eigentlich Handeln in Perspektive, das, solange es in die

richtige Richtung weist, auch Rückschritte aushält. Dass ebendieses Denken in die Krise geraten ist, fand seinen Ausdruck nicht zuletzt in dem Beschluss der SPD, die Historische Kommission, und damit ein wesentliches Merkmal ihrer Identität, sich als eine langfristig agierende Emanzipationsbewegung zu begreifen, aufzugeben.

Wenn der Kern sozialdemokratischer Unzufriedenheit die unzureichende Umsetzung ihrer größeren Ziele ist, Sie aber zugleich sagen, dass diese Ziele verloren gegangen sind, ist dann das heutige Problem der Sozialdemokraten, dass sie zu zufrieden sind?

Das würde ich so nicht sagen. Die Gegenwart kritisch zu betrachten sowie der Wille, eine neue Gesellschaft der Freien und Gleichen gestalten zu wollen, ist durchaus tief verankert bei vielen Sozialdemokraten. Daran gemessen ist das, was erreicht wird, immer zu wenig. Zugleich ist aber auch die Fähigkeit geringer geworden, dieses Ziel durch gestaltende Politik schrittweise zu realisieren, also nicht nur auf bestimmte Herausforderungen zu reagieren. Das verbindet im Grunde genommen beide Momente. Das Ziel ist nicht mehr hinreichend deutlich und zugleich ist man unzufrieden damit, nicht weitergekommen zu sein.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer mehr als 150 Jahre umfassenden Geschichte zahlreiche dramatische Situationen erlebt, in denen die Parteiexistenz bedroht war. Relativiert dies das aktuelle Krisengerede – oder erscheint der heutige Zustand der Partei vor der Projektionsfläche vergangener Krisen sogar noch prekärer?

Krisen wie die Verfolgung unter dem Sozialistengesetz oder die unter dem Nationalsozialismus haben die Partei praktisch infrage gestellt und ihre Fortexistenz unmittelbar bedroht. Die gegenwärtige Krise ist, wenn nicht existenzieller, doch zumindest besonderer Art, denn sie ist nicht ausschließlich von außen herbeigeführt. Eine äußerliche Veränderung besteht in einem gewandelten Parteiensystem mit der Linkspartei und auch den Grünen, die sich zuteilen als links verstehen. Das, was bei der Sozialdemokratie zuhause war, hat sich zum Teil aufgefächert. Auch in der Weimarer Zeit, als es eine relativ starke kommunistische Partei und noch einige Splittergruppen gab, lag die SPD bei manchen Wahlen – sieht man einmal von der Wahl zur Nationalversammlung ab – nicht weit über zwanzig Prozent. Wenn weitere Linksparteien da sind, sinkt der Stimmanteil ziemlich zwangsläufig, so wie es gegenwärtig der Fall ist. Dazu kommen nun die Rechtspopulisten, die als Bewegung aufgetaucht sind und vom sozialdemokratischen Potenzial einiges wegnehmen.

Dennoch sollten Sozialdemokratie und Öffentlichkeit kein zwangsläufiges weiteres Abstiegsszenario in den Vordergrund stellen. Es gibt so etwas wie *self-fulfilling prophecies.*

Interessant ist ein wiederkehrendes SPD-Bashing, das ich seit Jahren feststelle. In Interviews wurde Merkel oftmals mit großem Respekt begegnet, wohingegen die Art, wie man mit Gabriel umging und ihm Fragen stellte, ein bisschen rotzig erschien. Die Frage ist, woraus diese Schadenfreude an der SPD resultierte. Sicherlich spielten unerfüllte Erwartungen an die Sozialdemokratie eine Rolle. Manche glaubten auch, sich über den moralischen Anspruch sozialdemokratischer Politik ärgern zu müssen. Vor diesem Hintergrund war natürlich jeder erkennbare Fehler etwas, was an einem bestimmten Bild kratzte.

Sie haben von langfristigen Zielen gesprochen, von der Idee des Sozialdemokratischen. Was, würden Sie sagen, ist im historischen Längsschnitt das charakteristisch Sozialdemokratische?

Ich glaube, dass es bei der Sozialdemokratie eine Identität im Wandel gibt. Wenn sie sich nicht verändert und den Gegebenheiten angepasst hätte, würde es sie auch nicht mehr geben. Dennoch gibt es Grundideen und -werte, die vom 19. Jahrhundert bis heute Bestand haben: dass Menschen weder Objekte von ökonomischen Prozessen noch Objekte von politischer Herrschaft sein sollen. Man will Menschen zu freien Subjekten machen, die über ihre Politik und Ökonomie mitbestimmen, um soziale Verhältnisse zu gestalten. Das ist der Grundimpuls, der sich auch mit dem Wunsch, eine friedliche Welt zu schaffen, verbindet. Die Sozialdemokratie war im Grunde genommen die erste richtige Demokratiebewegung. Sie hat das allgemeine Wahlrecht realisiert und als erste Partei schon im Kaiserreich das Frauenwahlrecht gefordert. Sie hat das parlamentarische System institutionalisiert und auch in Weimar versucht, Demokratie zu realisieren, und zwar nicht nur im staatlichen Bereich, sondern auch im Hinblick auf Wirtschaft und Verteilungsfragen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Dinge nicht einfach hinzunehmen, sondern durch gemeinsames Handeln zu gestalten – das ist genuin sozialdemokratisch. Insofern ist sie nicht nur Demokratiebewegung, sondern schon immer auch ökonomisch-soziale Reformbewegung, die zeitweilig glaubte, in der Abschaffung des Privateigentums die Schlüsselfrage gefunden zu haben, nicht zuletzt aber die Entwicklung dadurch prägte, dass sie den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme vorantrieb. Am Fortschritt orientiert, hat sie diesen immer wieder neu definiert. So ist beispielsweise die ökologische Frage Teil dieses Konzeptes geworden.

Und schließlich ist sie außenpolitisch eine Partei des internationalen Ausgleichs. Sie hat früh für Schiedsgerichte plädiert, für einen Völkerbund, für die Europäische Föderation und für eine Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt. Der aufkommende Populismus und Nationalismus in Deutschland und Europa kann einer Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein.

In Zeiten, in denen wir vielerorts in einen Nationalismus zurückfallen, muss eine Politik gemeinsamer Interessen, ein multilateraler Ansatz verfolgt werden. Diese verschiedenen Komponenten des historisch fundierten sozialdemokratischen Profils müssen zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt werden, das nicht bloß die Summe vieler Einzelforderungen ist, sondern Gesellschaft umfassend zu gestalten versucht. Den Ideen der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit –, die in modifizierter Form als Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wiederaufgetaucht sind, ist im letzten Wahlkampf unzureichend Rechnung getragen worden. Natürlich gibt es Nachholbedarf in Gerechtigkeits- und Gleichheitsfragen, doch der umfassendste Begriff ist der der Freiheit. Gleichheit ist ein Mittel, Freiheit für die große Mehrheit zu erringen. Dafür brauchen wir wiederum gesellschaftliche Solidarität mit den Schwächeren und Sozialsysteme, die ein Absinken größerer Bevölkerungsgruppen verhindern. Diese Begriffstrias kann man sehr logisch zusammenfügen, doch wie Brandt sagte: Der höchste Begriff neben dem Frieden ist doch zweifellos der der Freiheit, einer umfassend gedachten Freiheit. Das würde ich sagen, macht Sozialdemokratie im Kern aus.

Auf krachende Niederlagen reagieren Parteien oft mit Reformprozessen. Unser Eindruck ist: Seit dreißig Jahren wird von den sich avantgardistisch gebenden Reformern stets dasselbe gefordert, nämlich Öffnung, Quoten, Basispartizipation. Können solche Reformen die Revitalisierung der Sozialdemokratie bewirken?

Ich bin im Hinblick auf die Wirksamkeit derartiger Reformen eher skeptisch. Bei den Reformen, die Peter Glotz damals angesetzt hat, gab es durchaus gute Ansätze, wie die Gründung des Kulturforums im Jahr 1983. Dahinter steckte die Vorstellung, kulturelle Hegemonie anzustreben und alle, die sich der Aufklärung im weitesten Sinne verpflichtet fühlten, mit der SPD in Verbindung zu bringen. In diesen Kontext gehört auch die Gründung der Historischen Kommission. »Wir dürfen unsere Geschichte nicht verschlammen lassen«, sagte Glotz plakativ. Sie sollte Mittel sein, sich der eigenen Identität zu vergewissern, ebenso wie Ressource in der öffentlichen Auseinandersetzung. Das waren konstruktive Ideen.

Ich würde sagen, dass man die Kommunikationsstrukturen anschauen und auch verbessern muss. Zum Teil besteht eine gewisse Abgehobenheit

des politischen Betriebes in Berlin, ein fehlender Bezug zur Bevölkerungsmehrheit, die an manchen Berliner Fragen nur bedingt interessiert ist. Die Kommunikation muss zweifellos verbessert, die Ansprechbarkeit erhöht und aufkommende Fragen auch beantwortet werden. Zudem muss man die Möglichkeiten, die das Internet bietet, stärker nutzen, sich auch neuen Kommunikations- und Diskussionsformen öffnen, um der ständig vorherrschenden Aufregung und Entrüstung etwas Rationales entgegenzusetzen.

In erster Linie aber muss die Partei ihr Profil schärfen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Zivilisierung des Kapitalismus. Und die Partei braucht eine mutigere Führung, die Trends der Gesellschaft aufgreift, die anschlussfähig ist an das, was die Menschen gerade denken oder als Problem definieren. Es gilt, die kulturellen Faktoren stärker zu nutzen. Bedeutsan ist, wie sich die Verhältnisse in den Köpfen der Menschen spiegeln. Maßnahmen zählen nicht als solche, sondern müssen erläutert und mit Sinn versehen werden. Dies gilt auch für Ostdeutschland.

Wichtiger als Organisationsreformen sind diese Fragen der Programmatik, der Strategie und der realistischen Analyse der gegebenen Verhältnisse. Basispartizipation kann nicht heißen, auf die Erarbeitung durchdachter Politikkonzepte zu verzichten, mit denen die Basis sich auseinandersetzen kann. Führung und Parteiapparat sind gefragt, Diskussionen anzuregen, die zu relevanten Ergebnissen führen können.

Wie würden Sie – im historischen Rückblick und Verlauf – die Position der SPD zur Europäischen Einigung beschreiben? Welche Akzente müsste die Partei diesbezüglich heute setzen?

Die Europafrage ist schon sehr alt in der Sozialdemokratie. Von deutsch-französischer Freundschaft haben die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten schon vor dem Ersten Weltkrieg gesprochen. Im Heidelberger Programm von 1925 stehen – wenn auch etwas unvermittelt – die Vereinigten Staaten von Europa als Ziel der Sozialdemokratie. Man wollte die nationalen Gegensätze durch Formen der Zusammenarbeit überwinden.

Im Exil haben Sozialdemokraten viel über Europa gehandelt. Ein Teil der sozialdemokratischen außenpolitischen Ziele, richtete sich auf den Aufbau einer Europäischen Föderation. In der Nachkriegszeit kamen sie damit aufgrund der deutschen Teilung nicht zum Zuge. Schumacher wollte Europapolitik nur unter nationalem Vorbehalt machen. Vor Europa stand die deutsche Vereinigung. Doch es gab einige Sozialdemokraten, wie Carlo Schmid, die den europäischen Prozess positiv begleiten wollten. Auch Brandt war jemand, der sehr europäisch dachte, nicht nur ökonomisch, sondern auch

sozial. Mit einer Arbeitsschutzgesetzgebung versuchte man später, eine soziale Charta zu entwickeln. Einiges ist in dem Zusammenhang auf Betreiben der sozialdemokratischen Parteien in Europa auch geschehen. Dieser Prozess ist von der Sozialdemokratie mitgetragen worden, doch war er zu ausschließlich ökonomisch dimensioniert und wurde zunehmend neoliberal geprägt, mit der Tendenz, dass er dadurch auf alle möglichen Bereiche ausgegriffen hat. Alles sollte dem Markt unterworfen werden, auch Bildung, Fernsehen und Rundfunk. Diese Marktdominanz hat der europäischen Idee mit Sicherheit geschadet.

Aus meiner Sicht liegt die gegenwärtige Aufgabe der Sozialdemokratie darin, eine europäische Ordnungspolitik zu machen und die Einhegung des Kapitalismus in Europa voranzutreiben, nicht in detailistischen Versuchen, Marktfragen zu klären.

Es ist beunruhigend, zu sehen, dass Brüssel in vielen Ländern als eine Institution aufgefasst wird, die sie fremdbestimmt. Man muss ein Europa schaffen, in dem man koordiniert und bestimmte Rahmen setzt, auch außenpolitisch, und gegebenenfalls auch verteidigungspolitisch zusammenarbeitet. Zugleich muss es bestimmte Freiräume geben, um das wachsende Gefühl von Fremdbestimmung zu mindern, denn dies ist ein ernstzunehmendes Problem. In manchen Bereichen, wie dem Sicherheitsbereich, vor allem im Kampf gegen Terrorismus und Bandenkriminalität, ist gemeinsames Handeln ebenso notwendig wie im Verteidigungsbereich und in Grundfragen des gemeinsamen Marktes und der Finanzpolitik.

Für ein solches Europa muss das Europäische Parlament ein wirkliches Parlament werden, mit einer Zusammensetzung entsprechend der Bevölkerungszahlen. Dort gibt es aktuell eine erhebliche Verzerrung. Stimme ist nicht gleich Stimme. Und es braucht Initiativrecht. Dass das Europäische Parlament keine Gesetzesinitiativen starten kann, ist geradezu vorsintflutlich.

Gegengewichte eines zu starken Zentralismus kann man anderweitig schaffen. Das muss nicht anhand der Blockade des Parlaments passieren, sondern kann über den Europäischen Rat und dortige Mindestanteile der Zustimmung geregelt werden, die notwendig sind, um bestimmte Gesetze gültig werden zu lassen. Doch das Parlament muss als solches arbeiten können.

Die wahre Gestaltung Europas ist aus meiner Sicht durchaus auch eine intellektuelle Herausforderung. Mir scheint z. B. der Begriff Vereinigte Staaten von Europa als realistisches Ziel in einem überschaubaren Zeitraum eher missverständlich zu sein, denn man muss mit Blick auf die Frage eines europäischen Geschichtsbewusstseins bedenken: Europa hat eine lange Geschichte.

Und so haben die europäischen Länder alle ihre eigenen Geschichten und erzählen sie entsprechend. Sie wollen ein Stück weit eigenständig bleiben. Insofern gilt es einerseits, eine europäische, politische Kultur zu entwickeln. Andererseits werden die unterschiedlichen Kulturen nicht völlig verschwinden, jedenfalls nicht in überschaubarer Zeit. Dieses Europa wird ein vielfältiges Europa bleiben müssen, wenn sich die Leute nicht fremdregiert fühlen wollen. Es muss Bereiche geben, in denen die kulturelle und historische Unterschiedlichkeit zum Ausdruck kommt. Das sind Fragen, die man offener diskutieren sollte.

Steht der von Ihnen skizzierte Staatenbund, angesiedelt zwischen lose verkoppelter Anarchie und Bundesstaat, mit vielen Freiräumen für die einzelnen Staaten aufgrund unterschiedlicher Vergangenheiten und kultureller Prägungen, nicht im Widerspruch zu einer – von Ihnen auch geforderten – Stärkung des europäischen Parlaments?

Ich würde den Begriff des Staatenverbundes (Begriff der BVG-Rechtsprechung) auf absehbare Zeit für tragfähig halten. Einiges geht in Richtung eines Bundesstaates, obgleich es rein rechtlich immer noch die Einzelstaaten sind, die in vieler Beziehung das letzte Entscheidungsrecht haben. Doch man kann die Außen-, Verteidigungs- oder innere Sicherheitspolitik stärker vergemeinschaften, was ich für notwendig halte.

Andererseits gibt es insbesondere den kulturellen Bereich, auch den der Bildung, wo man etwa Schulabschlüsse und Universitätsabschlüsse abstimmen, ansonsten jedoch Freiräume bewahren muss, um kreativ zu bleiben. Man kann Bereiche als europäisch deklarieren, in denen wir eine europäische Rahmengesetzgebung für sinnvoll halten, in denen jedoch nationale und regionale Gestaltungsräume bleiben. In bestimmten Bereichen sollte die Europäische Union und auch das Parlament in besonderer Weise handeln können, in anderen würde ich eine gewisse Kompetenz der Einzelstaaten erhalten, vielleicht sogar an diese zurückgeben.

Kommen wir zu einem anderen Kern des Sozialdemokratischen – der Arbeiterschaft. Sind die neuen Unterschichten unwiderruflich an die politische Rechte verloren? Oder kann und soll die SPD sie zurückgewinnen?

Die Sozialdemokratie sollte durchaus versuchen, Teile der neuen Unterschichten zurückzugewinnen, wenngleich dies nur in einem längeren Prozess möglich sein wird. Folgende Punkte wären in dem Zusammenhang wichtig: Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass das untere Drittel der Gesellschaft nicht weiter von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wird.

Ich halte es für denkbar, den Mindestlohn weiter anzuheben, ohne dass die Wirtschaft nachhaltig erschüttert wird. Finanz- und Einkommensverhältnisse müssen so geregelt sein, dass auch die unteren Schichten profitieren können.

Außerdem muss im Bereich des Wohnungsbaus etwas passieren, ebenso wie in der Rentenfrage, gerade für diejenigen, die keine nennenswerte Betriebsrente haben oder nicht in der Lage sind, eine zusätzliche Rente anzusparen. Es müssen Regelungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass auch diese Menschen später einmal eine Mindestrente und damit eine gewisse Sicherheit haben. Bestimmte sozialpolitische Dinge, die gerade im unteren Drittel eine Rolle spielen, sind bedeutsam. In diesem Zusammenhang von Relevanz ist das Bemühen von Hubertus Heil, die Langzeitarbeitslosen – die zum Teil in diesem Segment liegen – mit einem aufwändigen Projekt in Arbeit zu bringen. Wenn es funktioniert wie gedacht, ist das ein Signal in diese Richtung.

Ein weiterer Aspekt ist die Globalisierung, die nicht bloß nachzuvollziehen ist, sondern auch gestaltet und eingehegt werden will. Dies kann man, sofern erfolgreich über einige Jahre umgesetzt, auch dem unteren Drittel der Bevölkerung darstellen und die Gründe einzelner Maßnahmen erläutern. Dazu gehören auch Sicherheitsfragen, die man im Hinblick auf die Sorgen der Bevölkerung vor Überfremdung, aber auch vor Einbrüchen und solchen Dingen, ernster nehmen muss.

Zuletzt muss man auch der Frage der Kultur Beachtung schenken. In der Unterschicht ist die Kenntnis von Fremdsprachen im Allgemeinen nicht verbreitet, was selbst im Alltag zu Problemen führt, die sich bei einem hohen Anteil von Ausländern verschärfen. Im Umfeld der Universität, wo möglicherweise Menschen aus zwanzig Nationen zusammenkommen, mag vieles – auf der Basis von Englisch – funktionieren. Doch wenn es, etwa in Schulen, eine oder zwei Minderheiten gibt, die womöglich die Hälfte der Schülerinnen und Schüler ausmachen, entstehen Probleme, die man ernst nehmen muss. Die Mehrheitsgesellschaft kann erwarten, dass auch ihre Kultur ein Stück weit respektiert wird, ohne als fremdenfeindlich denunziert zu werden, wenn sie diese verteidigt. Natürlich ist ein Teil der Leute in dieser Frage verbohrt und sieht die Ursache aller Probleme in der Migration. Diese Menschen sind nur schwer zurückzuholen, doch durch ein Maßnahmenbündel glaube ich, auch diese Gruppe auflockern zu können.

Man muss nicht in allen Punkten identische Positionen haben, doch man muss voneinander wissen, die Legitimität der Anliegen des Anderen erkennen und das Gemeinsame zu akzentuieren versuchen. Das ist möglich, braucht jedoch Zeit. Problematisch ist, dass ein Teil des Proletariats sehr vereinzelt

ist – wenn man zum Beispiel an die hohe Zahl alleinerziehender Frauen denkt. Man müsste in diesem Bereich den Versuch machen, Solidar- oder auch Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, die helfen, dieses neue Proletariat wieder in die Gesellschaft zurückzuführen.

Zahlreiche Autoren sagen, von der Arbeiterkultur ist nur noch die Armut geblieben. Armut führt jedoch zu Rückzug, Abgrenzung und Feindseligkeit anstelle von Solidarität und Engagement. Wie können Solidarstrukturen aufgebaut und damit Toleranz und Offenheit gefördert werden?

In den Stadtteilen funktioniert manches durchaus. Ganztagsschulen helfen beispielsweise alleinerziehenden Müttern. Wenn die sozialen Strukturen intakt sind, ist einiges möglich. Die sozialen Umfelder können dort vieles bewirken. Die Leute müssen eine Anlaufstelle haben sowie das Gefühl, ihre Situation bewältigen zu können. Das muss systematisch von kommunaler Seite angegangen werden. Einerseits müssen wir die Alleinerziehenden finanziell besserstellen, dann aber ihnen mit sozialen Strukturen helfen, was auch Beratung einschließen muss. Bedeutsam ist vor allem praktische Nachbarschaftshilfe zu entwickeln, möglichst mit den Schulen als Zentrum für die Kinder. Auch Kindergärten sind hierfür geeignet.

Gilt mittlerweile auch für die Sozialdemokratie das Schmidt-Diktum, wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen, oder braucht die Sozialdemokratie eine neue Vision für das 21. Jahrhundert? Wenn ja, wie muss diese aussehen?

Zunächst: Schmidt hat bestritten, diesen Ausspruch jemals getätigt zu haben.

Den Begriff der Vision halte ich für anspruchsvoll und vage zugleich. Gewiss braucht die Sozialdemokratie größere Ziele, an denen sie die Politik ausrichtet und die so etwas wie ein Zukunftsbild formen. Da sind einmal bestimmte Gemeinschaftsaufgaben, die als Ziel unstrittig sein müssen, wie Infrastruktur-, Energie-, Klima- oder Bildungspolitik; hier kommt es auf die Ausgestaltung an.

Daneben gibt es das größere Ziel der Zivilisierung des Kapitalismus. Menschen dürfen nicht reine Objekte von Entscheidungen sein. Wir können den Kapitalismus meiner Ansicht nach nicht vollkommen überwinden. Ohne Marktmechanismen kann man sich Gesellschaft schwer vorstellen, doch Kapitalismus kann gezähmt werden.

Außerdem gehört zu dem Bild, das Sozialdemokraten von der Zukunft haben, eine Gesellschaft, in der es gute Arbeit gibt. Menschen brauchen sinnvolle Tätigkeiten und es gibt viele Aufgaben, die in dieser Gesellschaft,

insbesondere im Sozialen, aber auch im Umweltbereich und in vielen weiteren Bereichen, zu machen sind. Zu guter und sinnvoller Arbeit als einem Zukunftsbild der Sozialdemokratie gehört auch ein System sozialer Sicherheit, nicht in dem Sinne, dass der Einzelne keine Verantwortung trägt, doch Menschen dürfen nicht ins Bodenlose fallen.

Dazu kommt, wie schon gesagt, ein Europabild, das die Gemeinsamkeiten pflegt, aber die Legitimität nationaler Kulturen nicht per se infrage stellt, bei allen Versuchen, so etwas wie eine europäische, politische Kultur zu entwickeln.

Nicht zuletzt sind Anforderungen an die digitalisierte Welt zu formulieren, in der es eine Eigengewichtigkeit von Bildung und Kultur geben muss. Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion darüber, was Bildung heute eigentlich meint. Worin soll sie, jenseits von Markt und Utilitarismus, bestehen?

Alle diese Dinge, zu denen noch einige Komplexe wie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören, machen, um nicht Vision zu sagen, ein Leitbild aus, wie man Gesellschaft entwickeln will.

Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei – so haben Peter Lösche und Franz Walter in den 1990er Jahren plakativ die Entwicklung der SPD zusammengefasst. Was für eine Partei sollte die SPD heute zu sein anstreben?

Das Buch war damals ein Versuch, in der SPD Diskussionen anzuregen. Wohl am ehesten könnte ich mit dem Begriff der Volkspartei arbeiten, der sich schließlich mit dem Anspruch verbindet, ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Ein besonderes Maß an sozialer Verantwortlichkeit gehört zu den Genen der Sozialdemokratie. Die breiten arbeitenden Bevölkerungsschichten und Teile des aufgeklärten Bürgertums möchte man nach wie vor zusammenbringen und ich glaube, dass das vielerorts auch möglich ist. Ein Teil des aufgeklärten Bürgertums möchte gesellschaftlichen Zusammenhalt erreichen und verortet sich in der Sozialdemokratie. Im weitesten Sinne benachteiligte Gruppen tendieren ebenfalls zur Sozialdemokratie, dennoch ist die SPD mehr als ein Bündnis von Minderheiten.

Dort ist man weitergegangen, auch im Erscheinungsbild.

Es war längst überfällig, dass man etwa Homosexuelle in dieser Gesellschaft ernstnahm, die Legitimität ihrer Lebensweise anerkannte. Dennoch war zum Beispiel die Ehe für alle aus Sicht des Großteils der arbeitenden Bevölkerung nicht der große Fortschritt der letzten Legislaturperiode. Hinter den durchaus legitimen Minderheitenthemen dürfen die Fragen der großen Mehrheit der Bevölkerung, sozialer und kultureller Natur, nicht zurückbleiben.

Im Zeichen der Zähmung des Kapitalismus sind jedenfalls sowohl die arbeitende Bevölkerung als auch bürgerliche Schichten für die SPD zu gewinnen.

Für die breiten arbeitenden Schichten, so sehr sie enthomogenisiert sind, muss die Sozialdemokratie der wichtigste Adressat sein; allerdings kann sie nicht mehr die alte Arbeiterpartei sein. Arbeitgeber und viele kleine Selbstständige sind mindestens so stark gefährdet, ins Proletariat abzusinken wie Teile der Arbeitnehmerschaft. Viele kleine Existenzen haben früher ihren Ort in der Sozialdemokratie gefunden. Wer eine abgehobene Mittelstandsideologie vertritt, ist wohl nicht in der Sozialdemokratie zuhause, doch es gibt viele aufgeklärte Leute, die in ihren Kleinbetrieben beispielsweise mit Formen von Gewinnbeteiligung experimentiert haben – was aktuell etwas aus der Mode gekommen ist. Dennoch bin ich optimistisch, dass man Teile des öffentlichen Dienstes und auch kleinere Selbstständige dauerhaft an die SPD binden kann.

Die Einführung der Quote war meines Erachtens Mittel, um die Emanzipation der Frauen und Gleichberechtigung innerhalb der Partei zu bewirken. Die Quote selbst sehe ich eher als begrenztes Instrument denn als demokratischen Mechanismus an, schließlich können Quoten die Demokratie einschränken.

Brandt sagte, die SPD müsse das mittlere und untere Drittel miteinander verbinden. Ist die Volkspartei heute, im Kontext gesellschaftlicher Individualisierung, Pluralisierung und Fragmentierung überhaupt noch möglich?

Insbesondere auf der programmatischen Ebene sollte man versuchen, gemeinsame Themen zu entwickeln. Sichere Rente ist zum Beispiel ein Interesse aller, wenn auch für manche dringlicher als für andere. Ebenso die Wohnungsfrage.

Natürlich bleibt ein besonderes Verhältnis zu den arbeitenden Schichten. Auch das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften hat sich inzwischen wieder erheblich verbessert. Diese haben immer noch eine bedeutsame Rolle, auch wenn sie nicht mehr so stark sind wie in den 70er-Jahren. Die Arbeitnehmerorganisationen haben eine natürliche Nähe zur Sozialdemokratie.

Es ist nicht leicht, die enthomogenisierte Arbeitnehmerschaft zu gewinnen, doch über bestimmte sozialpolitische Fragen ergeben sich nach wie vor Möglichkeiten. Zugleich gibt es in der Gesellschaft extreme Formen von Ungleichheit, die man nicht ohne Weiteres hinnehmen kann. Das gilt auch für Teile des Bürgertums.

Außenpolitisch braucht man ein Ziel wie ein aufgeklärtes Modell von Europa, das dann inszeniert wird. Ich denke, für das Ziel, sich für die internationale Ordnung einzusetzen anstatt dem Nationalismus oder *Trumpismus* das Wort zu reden, lassen sich Menschen gewinnen. Es lässt sich sogar ein

deutscher Auftrag formulieren für eine Politik, in der die Zusammenarbeit zwischen den Nationen und die vernünftige Konfliktregelung durch multilaterale Organisationen bewusst gefördert werden.

Dazukommen muss ein überzeugendes Personaltableau. Zur Zeit der Wahl Brandts hat man noch Kandidaten aufgestellt, die breite gesellschaftliche Gruppen repräsentierten. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, ein Personaltableau aufzustellen, das über einen einzigen Kanzlerkandidaten hinausgeht, der schließlich allein als Identifikationsmittel nicht ausreicht. Der SPD mangelte es bei den letzten Wahlen an Professionalität und Vorbereitung. Eigentlich liegt auf der Hand, dass nicht weitergemacht werden kann wie bisher.

Stellt die Wagenknecht-Lafontainsche Sammlungsbewegung eine Chance oder im Gegenteil eine Gefahr für die Sozialdemokratie im Speziellen, die linken Parteien im Allgemeinen dar?

Ich teile die Hoffnungen, die damit bei einigen Leuten verbunden sind, nicht. Die Sammlungsbewegung scheint mir ein Versuch zu sein, die Probleme der Linken zu lösen, jedoch sehe ich die Gefahr, dass eine weitere linke Gruppierung entsteht. Dafür spricht die historische Erfahrung mit jenen Gruppen, die vorhandene Parteien überlagern oder zusammenbringen wollten, wie etwa der Internationale Sozialistische Kampfbund in der Weimarer Zeit und anschließend bestimmte Exilgruppen. Sie wurden alle mit großem Anspruch gegründet und schließlich zu gesonderten Gruppen, jenseits des Gegensatzes von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Mit *Aufstehen* könnte also eine neue Gruppierung entstehen, die die Linkspartei ebenso stören wird wie die Sozialdemokratische Partei, die ich auch aufgrund der Personalstruktur und der Galionsfiguren, nur für bedingt zukunftsfähig halte.

Wagenknecht und Lafontaine gehörten zu denjenigen, die ausgesprochen negativ auf die SPD fixiert waren. Ich traue ihnen die Offenheit nicht zu, die man braucht, um eine Bewegung zu initiieren, die die bisherigen Strukturen überformt und vielleicht auf die Dauer ersetzt. Dafür müssten sie die Eigengewichtigkeit der anderen anerkennen und auch sehen, dass die SPD eine Partei mit mehreren, sehr verschiedenen Flügeln ist. Und sie müssten mit der SPD wie sie ist und nicht mit einer, wie man sie gerne hätte, zusammenarbeiten. Teile der Grünen, die eher zur Mitte tendieren, sind ohnehin nicht zu gewinnen. Das Ganze ist meines Erachtens ein Versuch, der nicht gelingen kann.

Odo Marquard, nicht gerade ein sozialdemokratischer Fahrensmann, hat einmal einen Essayband herausgebracht mit dem Titel »Zukunft braucht Herkunft«. Braucht es für die Zukunft der Sozialdemokratie mehr Tradition?

Aus meiner Sicht muss die Sozialdemokratie gerade in der heutigen Situation sich durch Rückbesinnung auf die Geschichte ihrer Identität vergewissern. Ich glaube, dass die sozialdemokratischen Werte und auch bestimmte Traditionen heute noch tragfähig sind, doch müsse sie vor dem Hintergrund neuer Gegebenheiten neu interpretiert werden. Eine genuine Frage der Sozialdemokratie war, wie gesagt, die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und dessen Einhegung. Weitere Impulse sind, Demokratie zu fördern, soziale Sicherheit auszubauen, den Bildungsbegriff weiterzuentwickeln. Auch, die europäische Linie intelligent fortzuführen, ist tief in der sozialdemokratischen Tradition verwurzelt, wenngleich es der Partei in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend gelungen ist, die Wählerschaft in diesem Thema mitzunehmen.

Im Kern sind diese wesentlichen Gedanken alle in der sozialdemokratischen Tradition enthalten. Die dahinterstehenden Werte müssen allerdings benannt werden, die gegenwärtige Situation muss analysiert und die Konzepte auf die gegenwärtige Situation bezogen werden. Vor der Folie der Leitbilder, die ich genannt habe, ist meines Erachtens in der Tat eine neue Zukunft möglich.

Das Interview führten Matthias Micus und Alexander Deycke.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, geb. 1943, ist Historiker an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Von 1989 bis zu ihrer Auflösung im Juli 2018 war er Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

KERN-AXIOME SOZIALDEMOKRATISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

EINE HISTORISCHE HERLEITUNG

Ξ Nikolaus Kowall

Was ist der Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik? Auf diese simple Frage zeitlose Antworten zu finden, ist keineswegs trivial. Für eine Annäherung kann es sinnvoll sein, die sehr unterschiedlichen historischen Antworten zunächst kursorisch zu vergleichen, sodann Erfolg und Misserfolg verschiedener wirtschaftspolitischer Ansätze zu kontrastieren, um hierauf aufbauend eine – ohne normative Vorstellungen nicht auskommende – Bewertung des Vergangenen vorzunehmen, aus der sich schließlich Ableitungen für die Gegenwart ergeben können.

SOZIALDEMOKRATISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM SPIEGEL DER ZEIT

Die ersten sozialdemokratischen Programme[1] orientieren sich noch stark an den Ideen der Gründungsfigur Ferdinand Lassalle. Der Staat wird als positives Werkzeug betrachtet, über das Demokratie und Genossenschaftswesen etabliert werden sollen. Die Vision ist ein via Staatskredit geförderter Genossenschaftssozialismus. Konkrete Forderungen sind selbstverwaltete Krankenkassen, progressive statt indirekter Steuern und der Normalarbeitstag. Die Wirtschaftspolitik hat für Vollbeschäftigung zu sorgen.[2]

Der Marxismus wiederum zieht erst 1891, unter dem Eindruck der Sozialistengesetze, in die Programmatik der SPD ein. Im Erfurter Programm ist der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse, der Lassallesche Etatismus wird hingegen zurückgewiesen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln sei mittlerweile unvereinbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte, die sozialen Gegensätze würden immer krasser und es brauche eine Umwandlung in eine sozialistische Produktion. Um diesen »naturnotwendigen« Prozess zu vollziehen, müsse das Proletariat die politische Macht übernehmen.[3] Gegen diese »Orthodoxie« zieht Eduard Bernstein im Rahmen des »Revisionismusstreits« um 1900 ins Felde. Ihm gemäß können staatliche Eingriffe, und die Beteiligung der Arbeiterschaft auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung, das soziale Gefüge zivilisieren.[4]

1 Vgl. SDAP, Das Eisenacher Programm, 1869. URL: https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1869/eisenach.htm; SAP, Das Gothaer Programm, 1875. URL: https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm [beide eingesehen am 25.08.2018].

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. SPD, Das Erfurter Programm, 1891. URL: »Das Erfurter Programm« https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm [eingesehen am 25.08.2018]

4 Vgl. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin, 1899/1975.

INDES, 2018–3, S. 70–78, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2018, ISSN 2191–995X

Die beiden Programme der Weimarer Republik[5] orientieren sich wiederum stark am marxistischen SPD-Vordenker der 1920er-Jahre, Rudolf Hilferding. Der mittlerweile oligopolistisch organisierte Kapitalismus bereitet einer demokratisch-sozialistischen Verwaltung im Rahmen der »Wirtschaftsdemokratie« bereits den Boden. Ziele sind die Verstaatlichung von Boden, Bodenschätzen und Energieversorgung, die Verwendung des Rätesystems zur Mitbestimmung in der Wirtschaft und der Ausbau öffentlicher Betriebe sowie die Förderung von Genossenschaften.[6] Eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeschlagene »aktive Beschäftigungspolitik« keynesianischen Zuschnitts wird vom SPD-Establishment mehrheitlich abgelehnt.[7]

Mit dem Godesberger Programm von 1959 schneidet die SPD dann etliche Zöpfe der Vergangenheit ab. Godesberg bejaht die freie Marktwirtschaft mit Wettbewerb und Staatseingriffen. Das Programm bekennt sich zum Primat der Politik und setzt viel Vertrauen in die Wirksamkeit staatlicher Regulierung, die Daseinsvorsorge hat der Staat direkt zu organisieren. Das Privateigentum soll zwar geschützt werden, Eigentumskonzentration wird jedoch als Bedrohung für die freiheitliche Demokratie erkannt. Zudem soll der wachsende Wohlstand gerecht verteilt werden.[8]

Während der Epoche sozialdemokratischer Hegemonie in den 1970er Jahren verfasst die SPD kein neues Programm. Allerdings kann das Programm der österreichischen Sozialdemokratie Aufschluss über wirtschaftspolitische Vorstellungen dieser Zeit geben. Vor allem, weil sich das von dem damaligen deutschen Wirtschaftsminister Karl Schiller 1967 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte magische Viereck (Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Außenhandelsgleichgewicht) auch im Programm der SPÖ wiederfindet. Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen dieser »Globalsteuerung« werden dort noch um eine gerechte Einkommensverteilung ergänzt. Der Markt habe keinen Wert an sich, sondern sei ein Organisationsprinzip, das gewisse gesellschaftliche Aufgaben erfüllen kann.[9]

Das »postmaterielle« Berliner Programm der SPD von 1989 betont, dass der Staat fähig sein müsse, gesellschaftliche Ziele durchzusetzen. Der Markt wird positiv gesehen, er könne aber weder Vollbeschäftigung noch Verteilungsgerechtigkeit oder Ressourcennachhaltigkeit herstellen. Das Programm enthält ein Bekenntnis zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft, es gehe um eine qualitative Entwicklung und um Lebensqualität, nicht um quantitatives Wachstum.[10]

Einen Paradigmenwechsel Richtung Marktliberalismus bringt schließlich der SPD-Parteitag von Hannover 1997, was sich programmatisch im Leitantrag »Innovationen für Deutschland« niederschlägt. Allerdings ist ein trennklarer

5 SPD, Das Görlitzer Programm, 1921. URL: https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1921/goerlitz.htm; SPD, Das Heidelberger Programm, 1925. URL https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm [beide eingesehen am 25.08.2018].

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. Rudolf Hilferding, In Krisennot, in: Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Zweiter Band, 1931; Fritz Naphtali, Neuer Angelpunkt der aktiven Konjunkturpolitik oder Fehlleitung von Energien? in: Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Heft 7, 1931; Michael Schneider Michael, Zwischen ›Arbeitsbeschaffung‹ und ›Umbau der Wirtschaft‹. Die Konzeption der deutschen Sozialdemokratie zur Überweindung der Wirtschaftskrise (1930–1933), in: Fondazione Giangiacomo Feltrinelli, Annali 1983/84. Milano: Feltrinelli Editore; Werner Abelshauser, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 47 (1999), H. 4, S. 503–532.

8 Vgl. SPD, Das Godesberger Programm, 1959. URL: http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa-57721.pdf [eingesehen am 25. August 2018].

9 Vgl. SPÖ Zentralsekretariat, Das neue Programm der SPÖ, Wien 1978.

10 Vgl. SPD, Das Berliner Programm, 1989. URL: http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa90–00398.pdf [eingesehen am 25.08.2018].

Schnitt offenbar politisch nicht durchsetzbar, weshalb sich im Antrag »alte« sowie »neue« Ideen, oftmals in direktem Widerspruch zueinander, finden. So funktioniere die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einerseits nicht über einen Wettlauf der Kostensenkung; andererseits möchte man jedoch Spitzenprodukte zu wettbewerbsfähigen Preisen für den globalen Wettbewerb erzeugen. Zum einen will man ein Paket gegen Sozial-Dumping und Scheinselbstständigkeit schnüren (»Die SPD wird dem Missbrauch der geringfügigen Beschäftigung entschieden entgegentreten.«); zum anderen möchte man allerdings flexiblere, kürzere und differenziertere Arbeitszeiten, die neue Selbstständigkeit fördern sowie eine neue Aufgeschlossenheit zu individuellem Mut und Risiko.[11]

In Anbetracht dieser Entwicklung stellt sich erneut die Frage: Was also ist »echte« sozialdemokratische Wirtschaftspolitik? Die Forcierung des Genossenschaftswesens durch den Staat? Die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel? Die Wirtschaftsdemokratie? Die demokratische Regulierung der Marktwirtschaft? Eine keynesianische Politik der Vollbeschäftigung? Ein sozialökologischer Umbau? Das Forcieren von Eigenverantwortung? Die Annäherung an diese Frage erfolgt in einem zweiten Schritt durch eine Bewertung der verschiedenen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiken.

ERFOLG UND MISSERFOLG SOZIALDEMOKRATISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIKANSÄTZE

Die staatsfreundliche und durch Lasalle geprägte Programmatik der frühen Sozialdemokratie hat erst im 20. Jahrhundert starken Widerhall gefunden – von der Steuer- bis zur Vollbeschäftigungspolitik. Es gab jedoch schon in der Gründungsphase der Sozialdemokratie zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, um das Genossenschaftswesen zu forcieren. Vor allem Konsumgenossenschaften konnten sich teilweise bis heute halten.[12]

Produktionsgenossenschaften waren hingegen weniger erfolgreich, ihr Schicksal folgte oftmals dem von Franz Oppenheimer 1896 formulierten »Transformationsgesetz«. Entweder die Genossenschaften verwandelten sich in kapitalistische Unternehmen, oder sie verschwanden ganz vom Markt.[13] Ob das Genossenschaftswesen im digitalen Zeitalter bei entsprechender staatlicher Regulierung neben privatem und öffentlichem Sektor in manchen Branchen reüssieren könnte, ist eine offene Frage. Es könnte sich für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik durchaus lohnen, diese neu aufzuwerfen.

Die Machtergreifung des Proletariats und der Aufbau einer »sozialistischen Produktion«, wie im Erfurter Programm angedacht, wurde während des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern in Form einer zentralen Planwirtschaft real umgesetzt. Die Diskussion darüber hat ganze Generationen beschäftigt,

11 Vgl. SPD, Leitantrag – Innovationen für Deutschland, 1997. URL: http://library.fes.de/cgi-bin/populo/spde.pl?t_tiff=x&modus=&f_PPN=027197 [eingesehen am 25.08.2018].

12 In Österreich existierte bis 1995 die Genossenschaft »Konsum«, deren Wurzeln bis in die Mitte des 19. Jh. zurückreichen. In der Schweiz gib es bis heute die Mitte des 19. Jh. gegründete Coop Genossenschaft, sie gehört zu den größten Handelsunternehmen des Landes.

13 Vgl. Bernstein

die entsprechende Literatur füllt Bibliotheken. Unter dem Strich kann diese Spielart als gescheitert betrachtet werden. Das Modell wurde auch niemals unter demokratischen Bedingungen und folglich niemals von SozialdemokratInnen zur Durchsetzung gebracht. Wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, dass zwischen dem Verbalradikalismus der offiziellen Parteidoktrin der SPD um 1900 und dem realpolitischen Handeln oft eine Lücke klaffte. In Gewerkschaften, Kommunen und Ländern verfolgten viele SozialdemokratInnen erfolgreich eine sehr konkrete Reformpolitik.[14]

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie Hilferdings war ein demokratischer und gewaltfreier Übergang vom freien Wettbewerb zur sozialistischen Lenkung.[15] Das Konzept erwies sich spätestens während der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre als wenig praktikabel. Die anwendungsfreundlichere »keynesianische« Antwort, die von den Gewerkschaften eingefordert wurde, heftete sich letztlich die NSDAP auf die Fahnen.[16]

Konzeptionell mündet auch die Wirtschaftsdemokratie in die Sackgasse der Planwirtschaft. Die Umsetzung derselben ist so ein fundamentaler Eingriff, dass sie ohne »Diktatur des Proletariats« nicht zu realisieren ist. Insofern war die gedachte Gleichzeitigkeit von Planwirtschaft und Demokratie der zentrale Widerspruch des Modells der Wirtschaftsdemokratie.[17] Die Idee einer Demokratisierung der Wirtschaft wurde nach 1945 jedoch neu interpretiert und war maßgebend für die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung in den 1970er Jahren.

Das Godesberger Programm von 1959, das für den SPD-Staatsrechtler Carlo Schmid den Sieg Bernsteins auf ganzer Linie repräsentierte,[18] war das erste Programm, dessen Wirtschaftspolitik sich im Rahmen einer Demokratie als weitgehend operationalisierbar erwies. Die Erkenntnis aus Godesberg, dass Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind, teilen fast alle DemokratInnen in Europa.

Aus dem Programm ergeben sich darüber hinaus jedoch zwei zeitlose Botschaften, die spezifisch sozialdemokratisch sind. Sie könnten als Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gelten: erstens *die demokratisch gesteuerte Gestaltung der Gesellschaft auf Basis des Funktionsprinzips der Marktwirtschaft.* Die Gesellschaft bestimmt demokratisch wohin die Reise geht, die Operationalisierung erfolgt jedoch durch einen regulierten Markt. Die zweite Botschaft ist *die soziale Marktwirtschaft als Hybrid aus Markt und Demokratie.* Dort, wo der Markt nicht funktional ist, kann die Demokratie ihn durch andere Formen ersetzen (z. B. durch eine öffentliche Daseinsvorsorge).[19] Die Kern-Axiome können nur zur Geltung kommen, wenn das Primat der Politik verwirklicht ist.

14 Vgl. ebd. Die Bernstein'sche Kritik an der Ideologie des »marxistischen Zentrums« der Partei der 1890er Jahre bot für die Sozialdemokratie des 20. Jh. programmatisch mehr Anknüpfungspunkte als die marxistische Orthodoxie selbst.

15 Vgl. SPD Hamburg, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Hilferding auf dem Parteitag zu Kiel, Mai 1927 in: Sozialdemokratische Partei Hamburg, Schulungs- u. Bildungsabteilung, 1972

16 Abelshauser; Ursula Büttner, Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37, 1989, Heft 2;; Claus-Christian W. Szejnmann, Nazi Economic Thought and Rhetoric During the Weimar Republic: Capitalism and its Discontents, in: Politics, Religion & Ideology, Vol. 14, Nr. 3:. 355–376, 2013.

17 Im gleichen Zeitraum entstand allerdings das »rote Wien«, eines der utopischsten Projekte der Moderne. Nüchtern betrachtet handelte es sich dabei um eine Ausweitung des öffentlichen Sektors auf kommunaler Ebene unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktivität. Das rote Wien war, ungeachtet des prononcierten (austromarxistischen) Verbalradikalismus, ein Hybrid aus privat- und gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen.

18 Vgl. Manfred Rexin, Zum 70. Todestag von Eduard Bernstein, 2002. URL: https://www.spd.berlin/partei/unsere-geschichte/personen/a-k/bernstein-eduard/manfred-rexin-zum-70 todestag-von-eduard-bernstein/ [eingesehen am 25.08.2018].

19 Auch das rote Wien der 1920er Jahre ist im Prinzip eine Vorwegnahme konkreter sozialdemokratischer Reformpolitik.

Wie im Programm der SPÖ von 1978 festgehalten, war auch während der Epoche sozialdemokratischer Hegemonie klar, dass der Markt ein Funktionsprinzip ist, das nützlich sein kann, um gesellschaftliche Ziele zu erreichen.[20] Die konkreten damaligen Ziele Wachstum und Vollbeschäftigung, die im Jahr 2018 etwas angestaubt wirken mögen, sind nicht zeitlos, sondern austauschbar und erweiterbar. Hingegen hat das allgemeine Prinzip, die Marktwirtschaft instrumentell zur Erreichung demokratisch definierter Ziele zu nutzen, aus sozialdemokratischer Perspektive womöglich universelle Gültigkeit.

Das war auch jener SPD-Generation völlig klar, die das Berliner Programm von 1989 zu verantworten hatte. Dieses Programm ist eine mit Godesberg konsistente Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der ökologischen, postmateriellen und feministischen Diskussionen der 1970er und 1980er Jahre. Während in Godesberg noch von Elend und Not die Rede war, galt die materielle Frage 1989 bereits als gelöst. Nun ging es um eine Erweiterung um ökologische und postmaterielle Ziele. Das Programm wurde genau zu jenem Zeitpunkt veröffentlicht, als der neoliberale Zeitgeist begann, sich auch in der Sozialdemokratie bemerkbar zu machen. Das Berliner Programm war schon bei Erscheinung historisch und ist quasi das letzte Dokument »alten« sozialdemokratischen Gestaltungswillens.

Die 1997 in Hannover formulierte Programmatik ist eine offene Zurschaustellung von Widersprüchlichkeit, Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit – eine Synthese aus Gerhard Schröder (Spitzenkandidat) und Oskar Lafontaine (Parteichef). Die Richtungsentscheidung war jedoch schon getroffen, die alten sozialdemokratischen Phrasen nur noch Makulatur. In der Regierungszeit zwischen 1998 und 2005 folgten Steuersenkungen, Finanzmarktderegulierung, Riesterrente und schließlich Hartz IV. Als letztes sozialdemokratisches Ziel verblieb die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wie stark Hartz IV für den Rückgang der Arbeitslosigkeit verantwortlich war, ist wissenschaftlich umstritten.[21] Einen gewissen *Impact* räumen aber auch viele Hartz-Kritiker ein.[22]

Jedenfalls wurde von der SPD im Rahmen der Agenda 2010 eine neoliberale Rezeptur zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Kauf genommen. Der größte Niedriglohnsektor Europas, eine Polarisierung der Einkommensverteilung sowie ein sprunghafter Anstieg der Armutsquote waren die Folge.[23] Was in der Politik faktisch immer gilt, hat auch für die Agenda 2010 Gültigkeit: Der Zweck heiligt die Mittel *nicht*. Selbst wenn es einen substantiellen, »neoliberalen« Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit gegeben haben sollte, hat dieser zu viele andere sozialdemokratische Ziele konterkariert, um als erfolgreich eingestuft werden zu können.

20 Vgl. SPÖ Zentralsekretariat 1978.

21 Vgl. Michael Krause u. Harald Uhlig, Transitions in the German labor market. Structure and crisis, in: Journal of Monetary Economics, Jg. 59 (2002) H. 1, S. 64–79; Sabine Klinger u. a., Makroökonomische Perspektive auf die Hartz-Reformen. Die Vorteile überwiegen, in: IAB-Kurzbericht, 11/2013; Andrey Launov u. Klaus Wälde, Folgen der Hartz-Reformen für die Beschäftigung, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 94 (2014), H. 2, S. 112–117.

22 Vgl. Tom Krebs, Mythos Hartz IV, in: makronom, 11.06.2018, URL: https://makronom.de/arbeitsmarkt-analyse-auswirkungen-reform-mythos-hartz-iv-26821 [eingesehen am 25.08.2018].

23 Vgl. Nils Heisterhagen, Linker Realismus, oder wo es brodelt, riecht und stinkt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.11.2017.

LEHREN FÜR DIE GEGENWART

Die hier vorgenommene historische *Tour d'horizon* ist schemenhaft und simplifiziert. Doch vermutlich ist die Antwort auf die Frage nach der richtigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik auch weniger kompliziert als gedacht. Die Empfehlung lautet, historisch Erfolgreiches zum Maßstab zu erheben, zu aktualisieren und auf die Gegenwart anzuwenden. Besonders die Kern-Axiome von Godesberg – demokratische Steuerung des Marktes sowie der Hybrid aus Demokratie und Markt – dürfen wohl als zeitlos gelten. Es ist auch kein Zufall, dass das Godesberger Programm dreißig Jahre lang gültig war, bis es vom Berliner Programm zeitgemäß aktualisiert wurde. Insgesamt kann die Periode zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Mauerfall als wirkmächtigste Epoche sozialdemokratischer Ideen und erfolgreichste Phase sozialdemokratischer Regierungspolitik erachtet werden.

Vereinfacht gesagt, hat der Neoliberalismus den Diskurs über sozialen Fortschritt nach dem Mauerfall dreißig Jahre lang eingefroren. Noch gravierender, der Fokus war plötzlich auf Ziele gerichtet, die aus sozialdemokratischer Perspektive zweitrangig, irrelevant oder falsch sind: Budgetdisziplin, Preisstabilität, Liberalisierung, Privatisierung, Einkommensspreizung, Wettbewerbsfähigkeit. SozialdemokratInnen waren Jahrzehnte damit beschäftigt, das neue Paradigma in der Opposition abzuwehren[24] oder in der Regierung abzumildern.[25] Mancherorts waren sie sogar aktiv daran beteiligt, marktliberaler Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Die progressive Gestaltung der Gesellschaft im Sinne eines sozialen Fortschritts war eine Generation lang kaum Thema.

Um erfolgreiche sozialdemokratische Programmatik im Bereich der Wirtschaftspolitik zu identifizieren, kann, stark zugespitzt, das Gros des ideologischen Fundaments vor Godesberg als ideengeschichtlicher Reifungsprozess und das Gros nach dem Berliner Programm als historische Verirrung betrachtet werden. Im Prinzip muss man für eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik dort anknüpfen, wo ein aktiver Gestaltungswille zuletzt sichtbar war, nämlich beim Berliner Programm von 1989.

GRUNDRISSE ZEITGENÖSSISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Berliner Programm von 1989 basiert auf den Kern-Axiomen von Godesberg, erweitert dieses aber um Zieldiskussionen, die heute noch sehr aktuell wirken: Wo sind die ökologischen Grenzen des Wachstums? Wie kann der Ressourcenverbrauch nachhaltig gestaltet werden? Welche sinnstiftenden Tätigkeiten kann ein Mensch ausüben in einer Welt, in der das Überleben durch Erwerbsarbeit nicht mehr im Vordergrund steht? Wie kann in einer

24 Z. B. Opposition der SPÖ gegen die ÖVP-FPÖ Regierung in Österreich 2000–2007 und die Opposition der französischen Sozialisten gegen die konservativen Regierungen 2002–2012.

25 Z. B. das Modell der »Flexicurity«, das in Dänemark und den Niederlanden in den 1990er Jahren unter sozialdemokratischer Führung etabliert wurde, oder der »Sozialliberalismus« unter Tony Blair 1997–2007, vgl. Nikolaus Kowall, Wachstum und Verteilung unter New Labour 1997–2007, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 35 (2009), H. 4, S. 551–577.

solchen Welt ein neues Geschlechterverständnis zwischen Frauen und Männern entstehen? Wie soll das Zusammenspiel von Erwerbsarbeit, gesellschaftlichem Engagement, Familie und Freizeit in einer postmateriellen Zukunft beschaffen sein? Das sind genau jene Fragen, die man heute, wo die Automatisierung in die Digitalisierung übergeht, die Auswirkungen des Klimawandels für alle sichtbar werden und die Endlichkeit ökologischer Ressourcen in Anbetracht des Aufstiegs der Schwellenländer evident wird, stellen sollte. Es ist an diesem Punkt nicht möglich, ein vollständiges Maßnahmenpaket zur Adressierung aller genannten Fragestellungen zu entwickeln.

Daher wird exemplarisch eine strategisch relevante Maßnahme beschrieben, die mehreren zentralen Zielsetzungen parallel dienlich ist, nämlich die schrittweise Reduktion der allgemeinen Arbeitszeit. Am radikalsten würde eine *postmaterielle Arbeitszeitverkürzung* wirken. Dabei würden die realen Einkommen konstant gesetzt und der gesamte Zuwachs der Produktivität in Form von mehr Freizeit konsumiert. Würden die Einkommen im Jahr 2018 »eingefroren«, würde dies bei einem durchschnittlichen jährlichen Produktivitätswachstum von 1,5 Prozent eine kontinuierliche Halbierung der Arbeitszeit innerhalb von 46 Jahren bedeuten. Die parallel steigende Ressourceneffizienz würde zu einem rückläufigen Ressourcenverbrauch führen. Es gäbe mehr Freiraum für gesellschaftliches Engagement und individuelle Entfaltung, die außermarktliche Reproduktionsarbeit könnte zwischen den Geschlechtern gerechter verteilt werden und insgesamt dürfte die Lebensqualität steigen. Durch die nicht weiterwachsende Warenmenge würde

die Maßnahme überdies stark dekommodifizierend wirken. Dies würde, gekoppelt mit Maßnahmen zur Verbesserung der personellen Einkommensverteilung, helfen, den Statuswettbewerb über Konsum zu verringern. Das Konzept impliziert eine rückläufige Bedeutung der Erwerbsarbeit sowie ein tendenziell stagnierendes Konsumniveau für die Mittel- und Oberschichten bei wachsender Freizeit. Das ist starker Tobak für die Gewerkschaftsbewegung sowie für die traditionelle Sozialdemokratie.

Eine Alternative zur postmateriellen Arbeitszeitverkürzung wäre eine *traditionelle Arbeitszeitverkürzung.* Das bedeutet beispielsweise eine Reduktion der Arbeitszeit auf dreißig Stunden bei vollem Lohnausgleich, also höheren realen Stundenlöhnen. Die Einkommen wachsen unberührt davon um den jährlichen Produktivitätszuwachs. Dabei handelt es sich um eine umverteilende Maßnahme zwischen Kapital und Arbeit, sprich einer Verschiebung innerhalb der funktionellen Einkommensverteilung. Davon würden auch die Mittel- und Oberschichten der Lohneinkommensbezieher profitieren. Eine Dämpfung des privaten Konsumwachstums, des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs sowie des »Konsumismus« als Lifestyle ist jedoch nicht möglich, wenn die reale Lohnsumme jährlich entsprechend der Produktivitätsentwicklung, wie im keynesianischen Fordismus, wächst.[26]

Es gibt *keinen* Konsens, ob die Arbeitszeitverkürzung primär eine postmaterielle oder eine traditionelle Maßnahme sein soll. Es geht auch gar nicht um die 1:1-Umsetzung einer puren Variante, wichtiger wäre ein lebendiger Diskurs genau entlang dieser Fragestellungen. Ein solcher findet derzeit aber eher außerhalb als innerhalb

26 Selbstverständlich sind Hybrid-Lösungen zwischen beiden Modellen denkbar. Überdies sollte Arbeitszeitverkürzung nicht nur als Verkürzung der wöchentlichen Regelarbeitszeit, sondern auch in Form von Bildungszeiten, in Österreich erfolgreich als Bildungskarenz eingeführt, in Deutschland als Bildungskonto gefordert, Sabbaticals oder Teilzeitphasen mit Lohnausgleich gedacht werden.

der Sozialdemokratie statt. Erst wenn man weiß, was man möchte, werden die politischen Hindernisse auf dem Weg dorthin vollends sichtbar werden. Schließlich wird es nicht einfach, zumal in Zeiten des globalen Freihandels, ökologische und soziale Ziele zu realisieren. Doch ohne politische Regulierung dieses Freihandels wird sich ein nachhaltiger Ressourcenverbrauch oder eine Dekommodifizierung der Gesellschaft nicht durchsetzen lassen. Es wird auch nicht einfach, in Zeiten der innereuropäischen Standortkonkurrenz die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lebensqualität zu forcieren. Doch ohne das Herstellen des Primats der Politik auf europäischer Ebene wird sich die »Zähmung des Kapitalismus«, wie sie im 20. Jahrhundert auf nationaler Ebene gelungen ist, auf europäischer Ebne nicht durchsetzen lassen. Zur Verwirklichung der genannten Ziele müssten also erhebliche politische Voraussetzungen erst geschaffen werden: Die politische Regulierung des Freihandels, das Stopfen von Steuerschlupflöchern, die Entschleunigung der Globalisierung Europas, die effektive Bändigung der Finanzmärkte und die Herstellung einer europäischen Sozialunion gehören zu den wichtigsten Maßnahmen.

Vieles davon findet sich bereits in dieser oder jener sozialdemokratischen Programmatik – meist isoliert und kontextbefreit – wieder. Entscheidend ist jedoch, all diese Maßnahmen als integrierte Instrumente zur Erreichung von Zielen zu begreifen und nicht als Ziel an sich. Aus dem Schließen von Steuerschlupflöchern oder der Regulierung des Freihandels ergeben sich keine unmittelbaren Konsequenzen für die Lebensrealitäten der BürgerInnen. Man muss das Pferd programmatisch wieder von vorne aufzäumen und aufzeigen, was originäre Ziele beziehungsweise notwendige Instrumente zu deren Erreichung sind und welche Hindernisse dafür aus dem Weg geräumt werden müssen. Aus der Verkürzung der Arbeitszeit und der Entschleunigung des Statuswettbewerbs ergeben sich positive Bilder für die eigene Lebensrealität. Das sind die Bausteine für ein sozialdemokratisches wirtschaftspolitisches Narrativ im 21. Jahrhundert.

Dr. Nikolaus Kowall, geb. 1982, ist Vertretungsprofessor für International Economics an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Davor leitete er die Geschäftsstelle des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) in Düsseldorf. Er hat mit Unterstützung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung im Bereich Außenhandel an der Wirtschaftsuniversität Wien promoviert. Von 2007 bis 2014 leitete Kowall ehrenamtlich den Think Tank Sektion 8, eine Plattform die sich innerhalb der Österreichischen Sozialdemokratie für eine stärkere inhaltliche Fundierung und Akzentuierung politischer Diskussionen einsetzt.

INDES
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

Herausgegeben durch das Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen.

Redaktion:
Dr. Felix Butzlaff, Alexander Deycke, Dr. Lars Geiges, Jens Gmeiner, Julia Bleckmann, Jöran Klatt, Danny Michelsen, Dr. Robert Lorenz, Dr. Torben Lütjen, Luisa Rolfes.

Konzeption dieser Ausgabe: Matthias Micus.

Redaktionsleitung:
Dr. Matthias Micus (verantw. i. S. des niedersächs. Pressegesetzes), Michael Lühmann, Marika Przybilla-Voß.

Redaktionsanschrift:
Redaktion INDES
c/o Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14, 37073 Göttingen,
redaktion@indes-online.de
Online-Auftritt:
www.indes-online.de

Anfragen und Manuskriptangebote schicken Sie bitte an diese Adresse, möglichst per E-Mail. – Die Rücksendung oder Besprechung unverlangt eingesandter Bücher kann nicht gewährleistet werden.

INDES erscheint viermal jährlich. Bestellung durch jede Buchhandlung oder beim Verlag.
Jahresbezugspreis € 71,– D / € 73,– A / SFr 88,90;
ermäßigter Preis für Studierende/Auszubildende (gegen Bescheinigung, befristet auf drei Jahre) € 41,80 D / € 43,– A;
Einzelheftpreis € 20,– D / € 20,60 A.
Inst.-Preis € 133,– D / € 136,80 A.
Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten. Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht eine Abbestellung bis zum 1.10. erfolgt.

Verlag:
Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstr. 13, D-37073 Göttingen.

Anzeigenverkauf: Anja Kütemeyer
E-Mail: v-r-journals@hgv-online.de (für Bestellungen und Abonnementverwaltung) oder abo@indes-online.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

ISBN 978-3-647-80026-4

ISSN 2191-995X

© 2018 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

Gestaltung, Satz und Lithografie:
SchwabScantechnik, Göttingen

BEBILDERUNG

Seit 2007 arbeitet der Diplom-Illustrator Kurt Achatz als freier Grafiker und Visualisierer im Bereich Infografik, Graphic Recording und Storyboarding. Er bringt komplexe Inhalte schnell in eine verständliche Bildsprache.

Seine Kunden binden ihn gerne bei Innovationsprozessen mit ein, etwa um Zukunftspläne und Konzepte des Unternehmens zu visualiseren. Mit seiner Arbeit hilft er Kreativteams dabei, Klarheit über Unternehmensziele zu gewinnen.

Verlag Westfälisches Dampfboot

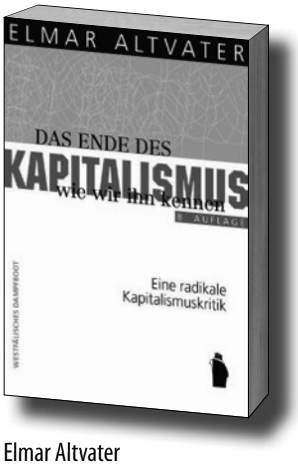
2., korrigierte Auflage

Louis Althusser / Étienne Balibar / Roger Establet / Pierre Macherey / Jacques Rancière

Das Kapital lesen

Vollständige und ergänzte Ausgabe mit Retraktationen zum Kapital

hrsg. von Frieder Otto Wolf mit Alexis Petrioli
übersetzt von F. O. Wolf und Eva Pfaffenberger
broschiert – 2018 – 764 S. – 45,00 €
ISBN 978-3-89691-952-6



8. Auflage

Elmar Altvater

Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen

Eine radikale Kapitalismuskritik

2018 – 240 S. – 14,90 € – ISBN 978-3-89691-627-3

2., korrigierte und erweiterte Auflage

Hans-Günter Thien

Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland

2018 – 235 S. – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-782-9

5. Auflage

John Holloway

Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen

übersetzt von Lars Stubbe
2018 – 255 S. – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-514-6

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Verschenken Sie anspruchsvolle Gedanken

Das Mittelweg 36*-Weihnachtsangebot!*

Ausgabe 6/2018 *Führen und Folgen*
+ Jahres-Abo Print (6 Ausgaben) für **56 €**
oder Nachwuchs-Abo Print (6 Ausgaben) für **44 €**

Bestellen Sie bis zum **16. Dezember 2018 ein Jahresabo** für sich oder andere und Sie erhalten das aktuelle Heft dazu.

www.mittelweg36.de

Mittelweg 36
Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

IST DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEIENFAMILIE IN EUROPA FÜR DIE ZUKUNFT GERÜSTET?

Felix Butzlaff | Matthias Micus |
Franz Walter (Hg.)
Genossen in der Krise?
Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand

2011. 302 Seiten, kartoniert
€ 28,00 D
ISBN 978-3-525-38000-0

eBook € 22,99 D | ISBN 978-3-647-38000-1

Die sozialdemokratischen Parteien Europas befinden sich in einer tiefen, von Stimmenverlusten und sinkenden Mitgliedszahlen geprägten Krise. Während die Mitgliedsstaaten der EU noch Ende der 1990er Jahre überwiegend von sozialdemokratischen Regierungschefs geführt worden waren, ist ihr Anteil im Jahr 2010 auf fünf von 27 EU-Ländern zusammengeschmolzen. Wie die Sozialdemokratie auf diese Krise reagieren kann und welche neuen Wege sich aus einer zunehmend globalisierten Welt ergeben, beantworten die Autoren des Buches unter der Leitung des profilierten Parteienforschers Franz Walter. Dieses erstmalig die gesamteuropäische Situation umfassende Buch, das zunächst als regelmäßige Artikelfolge in ZEIT ONLINE erschien, ist unentbehrlich für die Diskussion um den radikalen Wandel aktueller Lebens- und-Arbeitsbedingungen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage
www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

V&R böhlau

Vandenhoeck & Ruprecht

Göttinger Institut für Demokratieforschung

WERTE, MERKMALE UND HANDELN DER KLASSEN, DIE DIE GESCHICHTE DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS PRÄGTEN

Heinz-Gerhard Haupt

Klassen im sozialen Raum

Aufsätze zur europäischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 230
366 Seiten, mit 8 Tab., gebunden
€ 80,00 D
ISBN 978-3-525-35590-9

eBook: € 64,99 D | ISBN 978-3-647-35590-0

Wenn in der Soziologie heute Klassen nicht mehr die zentrale Kategorie sind, so haben sie doch die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt. Sie sind als Akteure und Resultate des industriellen Wandels, als Zeichen moderner Lebensweisen und dynamische Faktoren des politischen Lebens gesehen worden. Dabei entsprechen sie selten dem Modell, das Klassentheorien entwerfen. Im sozialen Raum nehmen sie vor allem in Konflikten und Koalitionen eine spezifische Struktur an. Der Band thematisiert diese Besonderheiten, indem er die Klassen in einen internationalen Zusammenhang stellt.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage

V&R böhlau

ISBN: 978-3-525-80026-3
9 783525 800263